



**Break
the Silence**

Das Problem heißt Rassismus

**Rede der Antifa Bonn/Rhein-Sieg auf
der Kundgebung gegen Pro NRW in
Bonn am 2. April 2011**

Wir demonstrieren hier und heute zwar anlässlich eines Aufmarsches von Pro NRW, aber das, wofür Pro steht – Rassismus und Islamhetze – ist ganz weit in der Mitte der Gesellschaft verankert und wird von Politikern und Medien aller Couleur fleißig geschürt. Die peinlichen Rassisten*innen von Pro sind dabei nur Trittbrettfahrer einer

diskriminierenden, so genannten Integrationsdebatte. Eigentlich ist es eher eine Ausgrenzungsdebatte, denn um wirkliche Integration geht es den wenigsten, die sich lautstark an dieser Debatte beteiligen.

Es reicht nicht, sich von rechtsextreme Tendenzen vertreten durch Pro oder anderen noch eindeutiger neonazistischen Gruppen abzugrenzen. Islamfeindlichkeit als beliebtes Vehikel für versteckten oder offenen Rassismus, als Vorwand für Ausgrenzung und Diffamierung gilt es anzugreifen und zu bekämpfen. Es gilt aber auch mit denjenigen, die sich um Integration bemühen, heißt, sich um die Probleme der Menschen hier kümmern – in Bonn sind das Vereine wie der Mädchentreff Azade, Gülistan oder MediNet – solidarisch zu sein.

Tatsächlich stehen wir hier auch, um das bürgerliche Recht auf freie Religionsausübung zu verteidigen, obwohl wir uns selber in unserer politischen Ausrichtung niemals als bürgerlich bezeichnen würden. Wir stehen hier auch nicht, weil wir gläubig sind oder uns einer Religionsgemeinschaft angehörig fühlen. Unsere Solidarität bezieht sich auf den Schutz der freien Meinung, der freien Beweglichkeit und der Gleichstellung vor dem Gesetz. Deswegen ist unser Engagement auch dann da, wenn es um den Schutz von Menschen geht, auch ohne Wahlkampf, ohne politische Interessen oder Parteienhickhack.

Das Leben von Migrant*innen in Deutschland ist geprägt von Vorurteilen und Islamfeindlichkeit. Im Alltag müssen migrantische Schüler*innen wesentlich mehr Bewerbungen schreiben als Deutsche und ihre Chance überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen ist wesentlich geringer. Auch bei vielen Schulen, wie zum Beispiel in der Beuler Gesamtschule, ist es übliche Praxis, Schülerinnen mit Kopftuch trotz guter Noten nicht auf die Schule zu lassen. Im Arbeitsleben angekommen, zeigt sich bei vielen Migrant*innen, dass es von großem Vorteil ist, sich einen deutsch klingende Namen zu zulegen, um einen besseren Job zu bekommen.

Bis zum 11. September 2001 hat eigentlich niemand innerhalb der herrschenden politischen Klasse interessiert, was Muslime denken oder fühlen. Seit dem 11. September jedoch, werden Terror und Islam fast synonym behandelt, obwohl diese weit weniger miteinander zu tun haben, als, na sagen wir mal, Christentum und Kindesmissbrauch. Die Bildzeitung macht dies ganz offen und platt, aber auch die Wochenzeitung *Der Spiegel* lässt es sich nicht nehmen, mit gruseligen, dunklen und Angst machenden Titelbildern den Islam als Hauptfeind der westlichen reichen Staaten hinzustellen. Damit schaffen sie Ängste innerhalb der Bevölkerung, vor allem der christlich geprägten, die es vorher gar nicht gab.

Pro NRW ist nicht aus Zufall in die Stadtparlamente in NRW eingezogen, hat doch bereits die Neue Rechte seit Ende der 60er Jahre eine intellektuelle Debatte geführt und ihre inhaltlichen Positionen immer wieder in etablierten Parteien und Medien verbreitet. In den 90er Jahren schaffte der Slogan "Das Boot ist voll" im Rahmen der Debatte um die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, §16 des GG, seinen Weg vom NPD-Plakat zum Spiegel-Titelbild. Auch heute beeinflusst die Neue Rechte führende Kräfte innerhalb der Bundesregierung, wie z.B. die Familienministerin Schröder. Bevor sie ihren Posten als Ministerin übernahm, waren auf ihrer Web-Seite Links zur rechtsradikalen Zeitung "Junge Freiheit" zu finden. Frau Schröder muss also gar keine Auseinandersetzung mit Rechtsaußen führen, auch so ist es ihr möglich, sich solchen Positionen zu bedienen und Rechtsaußen-Publikationen den Weg aus der Schmutzdecke zu ermöglichen. Auch sie heult gerne rum und verbreitet Vorurteile gegenüber migrantischen Jugendlichen, stellt sie in eine gewalttätige Ecke und grenzt sie aus.

Und dann gibt es immer wieder welche, die noch viel offensichtlicher einen scheinbar zivilgesellschaftli-

chen Diskurs verlassen. Bei ihnen kommt oft der Eindruck auf, dass ihnen der rechte Arm unterhalb der Kopfhöhe angebunden werden müsste. Zwei Vertreter des Nationalsozialismus aus der Mitte, die in der letzten Zeit die meiste Beachtung fanden, sind Seehofer und Sarrazin.

Sarrazin, als offener Vertreter des sozialdemokratischen Neoliberalismus, verknopfte öffentliche Wohnungsbaugesellschaften in großem Stil, um scheinbare Gewinne in die leeren Stadtkassen zu spülen. Seine rigorose und unsoziale Politik hat in einer Stadt mit Menschen hunderter unterschiedlicher Nationalitäten soziale Verelendung und Armut hervorgerufen. Er findet die Schuld dafür nicht bei Misswirtschaft, Korruption und Hochspekulation, sondern vermittelt das Bild, dass am sozialen und wirtschaftlichen Niedergang der kurdische Gemüsehändler und das türkische Kopftuch-Mädchen Schuld seien. Dies alles reicht ihm noch nicht, redet er doch tatsächlich vom jüdischen Gen und scheint sich nicht darüber bewusst zu sein, dass auch das Antisemitismus bedeutet. Wir kennen dies bereits, erinnert es uns doch sehr an die Argumentation der NSDAP. Diese hat ihre gesamte Rassenideologie auf biologische Merkmale aufgebaut und damit die Bedrohung Deutschlands durch jüdische Intellektuelle begründet.

Während Sarrazin in seiner eigenen Partei der SPD umstritten ist und ein Ausschluss immer noch im Raum steht, versuchen Machtpolitiker aus der ersten Reihe mit ähnlichen Äußerungen Wähler am rechten Rand zu fischen. Seehofer will keine Zuwanderung aus arabischen Ländern und der Türkei und fasselt gerne von der Integration. Deutsche Arbeitslose sollen seiner Meinung nach Vorrang gegenüber Migrant*innen haben. Auch er versucht von den wirtschaftspolitischen Problemen, die die hoch spekulative Wirtschaftskrise von 2008 hinterlassen hat, abzulenken. Nicht Politiker und Management, die durch Börsenzockerei zahlreiche Unternehmen in den Ruin getrieben haben, müssen die Konsequenzen tragen, sondern vor allem die armen und nicht-deutschen Mitbürger*innen. Und seien wir mal ehrlich, auch ohne Zockerei bleiben Krisen Teil eines kapitalistischen Wirtschaftssystems, das auf permanentes Wachstum angewiesen ist.

Mit einer seiner ersten Äußerungen als Innenminister betätigte sich der in CDU/CSU als liberal geltende Friedrich als christlich-soziale Wärmplatte: „Dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgends belegen lässt“. Ob Herr Friedrich mit diesem hirnrissigen Satz den „Deutsch-Test für Zuwanderer“ bestanden hätte, sei hier in Frage gestellt. Wir empfehlen Herrn Friedrich mal bei Wikipedia nachzuschauen: die erste Moschee in Deutschland wurde bereits während des 1. Weltkriegs gebaut, um muslimische Kriegsgefangene zum Überlaufen zu bewegen.

Die Folgen solcher Äußerungen und Hetze sind oft lebensgefährdend. Mindestens 150 Menschen sind seit 1990 aus rassistischen oder faschistischen Gründen ermordet worden. Schon in den 90-er Jahren haben Politiker aus der Mitte der Gesellschaft mit rassistischer Hetze und mit freundlicher Unterstützung der etablierten Medien jahrelange pogromartige Stimmung in Deutschland geschaffen. Damit haben sie ermöglicht, dass die Grenzen dicht gemacht und dem rassistischen Mob recht gegeben wurde. Es waren eben nicht nur die Neonazis dieser Zeit, die in Deutschland Pogrome und brennende Flüchtlingsheime ermöglicht haben, sondern auch bürgerliche Politiker und Medien, die vom Tonfall kaum vom Stürmer zu unterscheiden waren.

Das letzte uns bekannte Opfer rassistischer Gewalt ist der 17-jährige Kamal, der im Oktober letzten Jahres von zwei Neonazis in Leipzig erstochen wurde. Wie nahezu bei jedem rassistischen Mord, sehen weder die Staatsanwaltschaft noch die Politik diesen in einem rassistischen Zusammenhang. Statt dessen wird oft den Opfern eine Mitschuld an der Tat gegeben oder sie werden in der Öffentlichkeit diffamiert. Ein wichtiger Arbeitsbereich antifaschistischer Gruppen ist der Kampf gegen das Verschweigen und aktive Verdrängen rassistischer Gewalt – gerade jetzt findet in Dortmund eine Demonstration zum Gedenken an den von Neonazis 2005 ermordeten Thomas „Schmuddel“ Schulz statt.

Antifa Bonn/Rhein-Sieg

antifabonn.blogspot.de / antifa-bonn@risup.net

